

1984 20 Jahre Synodalerklärung Kirche und Israel 2004



Synodale Vorgänge zum Thema „Christen und Juden“

DATUM	ART DES VORGANGS BZW. DER ERKLÄRUNG	KIRCHE
1980	Synodalerklärung	Rheinland
10./11. November 1980	Schwerpunkttagung der Synode zum Thema „Christen und Juden“	Baden
3. Mai 1984	Synodalerklärung	Baden
1984	Synodalerklärung Landeskirchentag	Evang.-reformiert
1984	Synodalerklärung (West)	Berlin-Brandenburg
1985	Synodalerklärung	Greifswald
1988	Änderung der Kirchenverfassung	Evang.-reformiert
15. April 1988	Synodalerklärung	Baden
1988	Kirchenleitung	Württemberg
1990	Synodalerklärung (Ost)	Berlin-Brandenburg
1990	Synodalerklärung	Pfalz
1991	Ergänzung des Grundartikels	Hessen-Nassau
1992	Synodalerklärung Gesamtsynode	Evang.-reformiert
1993	Synodalerklärung	Oldenburg
1994	Synodalerklärung	Westfalen
1995	Verfassungsänderung	Pfalz
1995	Synodalerklärung	Hannover
1996	Änderung des Grundartikels	Rheinland
1996	Änderung des Vorpruchs der Grundordnung	Berlin-Brandenburg
1997	Änderung der Präambel	Pommern
1997	Synodalerklärung	Kurhessen
1998	Synodalerklärung	Bayern
1998	Landeskirchenrat	Lippe
1998	Synodalerklärung	Mecklenburg
Oktober 1998	Öffentliche Veranstaltung „50 Jahre Staat Israel“	Baden
1999	Hauptvorlage und Synodenerklärung	Westfalen
2000	Synodalerklärung	Württemberg
26. April 2001	Grundordnungsänderung	Baden
2001	Synodenerklärung	Nordelbien
2002	Ergänzung der Präambel	Nordelbien



Synodalerklärung

Vorbemerkung

Im Rahmen einer Schwerpunkttagung hatte sich die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden am 10./11. November 1980 mit dem Thema „Christen und Juden“ befaßt. Sie hatte beschlossen, die Unterlagen der Schwerpunkttagung den Bezirkssynoden und Pfarrkonventen zur Bearbeitung zu übergeben. Diese Anregung ist in Kirchenbezirken und Gemeinden aufgenommen worden. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden vom Studienkreis „Kirche und Israel“ gesichtet, ausgewertet und der Landessynode bei der Frühjahrstagung 1984 im Rahmen einer ausführlichen Berichterstattung vorgelegt. Das Ergebnis der erneuten Beratung des Themas „Christen und Juden“ veranlaßte die Landessynode zu folgender

Erklärung

Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden folgt dem Antrag der Grundordnung im § 69, sich um die Begegnung mit der Judenheit zu bemühen.

Deshalb wird erklärt:

1. Die Synode stellt sich der geschichtlichen Notwendigkeit, aufgrund biblischer Einsicht ein neues Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk zu gewinnen. Durch Jahrhunderte wurden christliche Theologie, kirchliche Predigt, Unterweisung und kirchliches Handeln immer wieder von der Vorstellung belastet, das jüdische Volk sei von Gott verworfen. Dieser christliche Antijudaismus wurde zu einer der Wurzeln des Antisemitismus. Deshalb bekennen wir betroffen die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland am Holocaust.

2. In unserem Bemühen um ein neues Verstehen stellen wir dankbar fest, daß das Alte Testament gemeinsame Grundlage für Glauben und Handeln von Juden und Christen ist. Wir sehen den unlöslichen Zusammenhang des Neuen Testaments mit dem Alten Testament neu. Wir lernen deren Verhältnis zueinander von der Verheißung Gottes her verstehen: Gott gibt, erfüllt und bekräftigt sie neu. Das „Neue“ ersetzt nicht das „Alte“.

3. Wir glauben an Gottes Treue: Er hat sein Volk Israel erwählt und hält an ihm fest. Darum müssen wir der Auffassung widersprechen, daß Israel von Gott verworfen sei. Die Erwählung Israels wird auch nicht durch die Erwählung der Kirche aus Juden und Heiden aufgehoben. Wir Christen bekennen uns zu Jesus, der ein Jude war, als dem für alle gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Herrn, dem Heiland der Welt. Mit Schmerz und Trauer stellen wir fest, daß uns dieses Bekenntnis vom Glauben des jüdischen Volkes trennt. Im Glauben an Jesus Christus und im Gehorsam ihm gegenüber wollen wir unser Verhältnis zu den Juden neu verstehen und festhalten, was uns mit ihnen verbindet:

4. Wir bekennen mit den Juden Gott als den Schöpfer des Himmels und der Erde. Wir glauben mit den Juden, daß Gerechtigkeit und Liebe Weisungen Gottes für unser ganzes Leben sind. Wir hoffen mit den Juden auf einen neuen Himmel und eine neue Erde und wollen mit ihnen in der Kraft dieser Hoffnung für Gerechtigkeit und Frieden in dieser Welt arbeiten. Wir bitten Gemeinden und Kirchenbezirke, an diesem Thema weiterzuarbeiten und im Bemühen nicht nachzulassen, auf diese Weise in der Begegnung mit der Judenheit zu einem erneuerten Verhältnis zueinander zu gelangen.

40 Jahre Staat Israel - Wort an die Gemeinden

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Die Unabhängigkeitserklärung betont den Zusammenhang von Volk und Land Israel. Darum versteht sich der Staat Israel als Zuflucht und Heimstatt für Juden.

Als Christen haben wir eine Mitverantwortung für Israel. In der Existenz des Volkes Israel sehen wir ein Zeichen der Treue Gottes, dessen Verheißungen weiterwirken, und sind überzeugt, daß auch die Gründung des Staates Israel ein Zeichen des Weges Gottes mit Israel ist.

Wir sehen, daß die Gründung des Staates Israel für im Lande und besonders in den seit 1967 besetzten Gebieten lebende christliche und moslemische Menschen Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hat. Wir spüren auch die Ratlosigkeit der Menschen und Völker im Nahen Osten, die bis heute in Konflikten leben. Die Lösung dieser Konflikte ist nur unter der Voraussetzung der Anerkennung des Rechtes auf staatliche Existenz Israels denkbar. Weitere Schritte sind notwendig und erfordern Toleranz, Gleichberechtigung und Wahrung des Lebensrechtes aller dort lebenden Menschen.

Mit dem jüdischen Volk in Israel und in aller Welt freuen wir uns darüber, daß seit nunmehr 40 Jahren ein jüdischer Staat besteht. Zum 40. Jahrestag der Staatsgründung Israels beten wir zu Gott, daß er seinem Volk Israel Frieden gewähre und alle Menschen im Nahen Osten miteinander zum inneren und äußeren Frieden führe.

Beschlüsse der badischen Landessynode

Gemeinsamer Bericht der ständigen Ausschüsse zur öffentlichen Veranstaltung „50 Jahre Staat Israel“

Aus dem Bericht des Synodalen Lanzenberger für den Bildungs- und Diakonieausschuß:

Am 20.10.1998 referierte Professor Dr. Rolf Rendtorff anlässlich des 50jährigen Bestehens des Staates Israel zum Thema „Der Staat Israel und wir Christen“. In der anschließenden Aussprache, in der das Verhältnis der Christen zum Staat Israel diskutiert wurde, ging es um die Beziehung zwischen Theologie und Politik und die brisante Situation im Nahen Osten. Die zahlreichen Fragen zum Thema mündeten in die Erkenntnis, daß Christen eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel und den Palästinensern haben. Da das Volk Israel zu allen Zeitpunkten seiner Geschichte seine Identität im Land Israel fand, gehört die gesicherte Heimstätte zur Existenz dieses Volkes.

Es wurde deutlich, daß Frieden und Gerechtigkeit für alle im Nahen Osten lebenden Völker unabdingbar sind und daß unter den zur Zeit gegebenen politischen Bedingungen zum Staat Israel keine Alternative besteht. Die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung, dieser große geschichtliche Zusammenhang, aus dem man nicht einzelne Ereignisse herausbrechen kann, darf bei der Frage nach der heutigen Existenz des Staates Israel in gesicherten Grenzen nicht ausgeblendet werden. Diese Einsicht, die bereits in der EKD-Studie „Christen und Juden II“ 2 und 3, und im Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland am 11.01.1980 zum Tragen kam, schafft die Voraussetzung, das Verhältnis der Christen zum Staat Israel zu bestimmen. Trotz aller Kritik, die durch die aktuelle politische Situation im Staat Israel berechtigt ist, führt kein Weg hinter die Staatsgründung Israels zurück. Diese Erkenntnis, die Dr. Rendtorff während der fortlaufenden Diskussion herauskristallisierte, führte zu dem Votum, im großen Bogen der Geschichte des jüdischen Volkes die Staatsgründung Israels auch theologisch zu begreifen.

Beschluß:

1. Die Synode, die bereits im § 69 der Grundordnung verankert hat, sich um das Gespräch mit der Judenheit zu bemühen, dankt dem Studienkreis „Kirche und Israel“ für die bisher geleistete konstruktive Arbeit.

2. Der Studienkreis wird gebeten, an den Themen des christlich-jüdischen Dialogs weiterzuarbeiten und sie in die Öffentlichkeit einzubringen.

3. Die Gemeinden und Kirchenbezirke werden gebeten, an diesem Thema weiterzuarbeiten, um auf diese Weise in der Begegnung mit der Judenheit zu einem erneuerten Verhältnis zueinander zu gelangen.

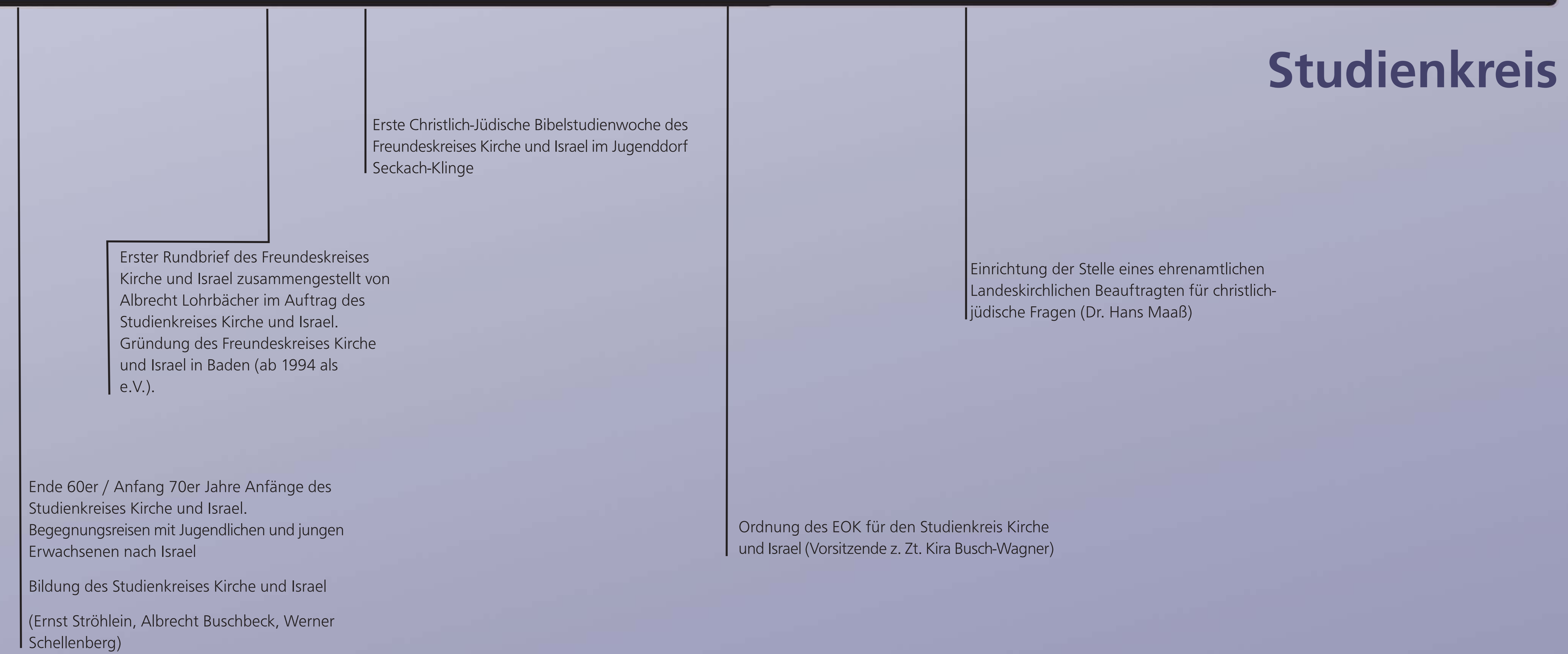
Änderung der Grundordnung

§ 2, neuer Absatz 3:
Die Landeskirche will im Glauben an Jesus Christus und ihm Gehorsam ihm gegenüber festhalten, was sie mit der Judenheit verbindet.

Sie lebt aus der Verheißung, die zuerst an Israel ergangen ist, und bezeugt Gottes bleibende Erwählung Israels. Sie beugt sich unter die Schuld der Christenheit am Leiden des jüdischen Volkes und verurteilt alle Formen der Judenfeindlichkeit.

§ 69, neuer zweiter Satz:
Die Landeskirche will ihren Kirchenbezirken und Gemeinden bemüht sich um die Begegnung mit der Judenheit.

Die Landeskirche ist darauf bedacht, in Gottesdienst und Unterricht, Lehre und Leben ihr erneuertes Verständnis des Volkes Israel als Gottes Volk wach zu halten.



Studienkreis